

„Lebenswerte Zukunft für Bayerns Regionen – Aktive Bürgergesellschaft für unsere Dörfer“¹



Holger Magel

Lebenswerte Zukunft für Bayerns Regionen – ein neues Thema?

Natürlich ist die Frage der lebenswerten Zukunft für Bayerns Regionen weder nur ein altes noch ein völlig neues Thema, nein, es ist ein zeitloses, nun aber sogar das Top-Thema in Politik und Gesellschaft geworden. Die Antwort fällt relativ leicht. Man muss z. B. nur in die Bayerische Staatszeitung (BSZ) vom 20.06.2014 schauen und dort das Interview mit Bevölkerungsforscher *Nobert F. Schneider* lesen. Die Überschrift dazu heißt „Bayern darf nicht so weitermachen wie bisher“. Oder man nehme den jüngsten Plenarbeschluss des Bayerischen Landtags vom 01.07.2014 (a.a.O.) zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ zur Hand und studiere den umfangreichen Fragenkatalog. Zeitnah dazu hat wiederum die BSZ am 27.06.2014 in ihrer Rubrik „Standpunkte der Fraktionen“ (a.a.O.) ein wichtiges Thema dazu abgefragt: „Bayern wächst – aber nicht überall: Wie kann man den demografischen Verliererregionen helfen?“ Wenn man allerdings dem Abgeordneten *Thomas Huber*, MdL glauben sollte, haben wir doch gar keine Verliererregionen in Bayern, denn – so die überraschende Logik von Huber – „das zeigt sich allein daran, dass die Arbeitslosigkeit in allen unseren (bayerischen Landkreisen) unter dem Bundesdurchschnitt liegt“. Aha, schluckt man da ein wenig: so ist das also, wenn es den anderen noch schlechter geht und uns nur schlecht, sind wir doch automatisch Gewinner oder nicht? Warum immer noch oder immer wieder die Arbeitslosigkeit als Referenz darüber entscheiden soll, ob es gut geht oder nicht, bleibt das Geheimnis jener, die sie so gerne anführen. Wie anders denn als recht niedrig soll die Arbeitslosenquote sein, wenn es in ganzen Landstrichen an jungen Leuten fehlt, welche Arbeit nachfragen, weil sie entweder längst abgewandert sind oder erst gar nicht geboren wurden. Hier kann doch gar keiner mehr arbeitslos werden! Und in München ist die Arbeitslosenquote niedrig, weil hier eine hinsichtlich Folgewirkungen immer schädlichere Massierung von Arbeitsplätzen stattfand und von Wirtschaft und Stadtregierung befeuert weiter stattfindet. Und wenn dann als Folge des abnormalen Wachstums die restlichen Freiflächen (600 ha) im Nordosten Münchens, die Gott sei Dank als „Grüne Lunge“ noch

¹ Überarbeiteter Vortrag vom 18. Juli 2014 beim Bayernbund e. V. in Aying

landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt sind, bebaut werden sollen, transformiert man diese Flächen dem staunenden Bürger gegenüber im Sprachgebrauch kurzerhand zu Brachflächen. Gegen Konversion von Brachflächen und eine höhere Wertschöpfung kann doch wirklich niemand etwas haben? Erstaunlich ist natürlich dabei, dass auch die Zeitungen diesen Unsinn von angeblichen Brachflächen nachbeten (Kronawitter a.a.O.). Wer hier Verlierer ist, steht außer Zweifel: Es ist die jetzige Bevölkerung! Denn entwickelt zu Ihren Gunsten müsste allenfalls die marode Verkehrsinfrastruktur, aber die bleibt in München ohnehin traditionell auf der Strecke.

Mehr Solidarität innerhalb Bayerns?

Vielleicht sollte der vorerwähnte Thomas Huber, MdL auch mal mit *Michael Lerchenberg*, dem früheren Nockherberg Redner und heutigen Intendanten der Wunsiedler Luisenburg Festspiele reden. Im Interview mit *Olaf Przybilla*, SZ (a.a.O.) spricht Lerchenberg vom Metropolregionsfetischismus, dem Gegenden wie das Fichtelgebirge gnadenlos zum Opfer fallen. Besonders betroffen macht eine Aussage von Lerchenberg, der diese Gegend seit 1980 intensiv kennt, sich dort stark engagiert und mehr Solidarität vom reichen Süden Bayerns verlangt: Eine nicht genannte Fichtelberggemeinde wollte für eine Zukunftsexpertise einen Zuschuss haben. Darauf hat die Aufsichtsbehörde geantwortet: Ihr habt doch gar keine Zukunft! Man mag sich gar nicht ausdenken, welche zusätzlichen psychologischen und strukturellen Folgen es wohl gehabt hätte, wenn sich seinerzeit die Staatsregierung mit ihrem Wunsch, nur eine Münchner Metropolregion anzuerkennen, gegen Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly durchgesetzt hätte!

Schade auch, dass der Oberbayer Thomas Huber, MdL nicht für die Enquete-Kommission nominiert wurde, wo es zu einem intensiven Austausch von Argumenten und Gedanken und weniger von Schlagworten und Worthülsen kommen wird. Es ist nicht überraschend, dass die Vertreter anderer Fraktionen, d. h. der Oppositionsparteien, zu anderen Auffassungen kommen – vielleicht auch deshalb, weil sie aus der Oberpfalz oder aus dem Bayerischen Wald kommen. So oder so: Man sieht, die richtige Entwicklung Bayerns ist ein beherrschendes Thema für die Landespolitik und immer mehr auch für betroffene und besorgte Menschen geworden.

In den Vorjahren (vor allem unter Landesentwicklungsminister a. D. *Martin Zeil*) klang das ja noch anders: die während der Diskussion des neuen Landesentwicklungsprogramms vorgebrachten Klagen der Fachleute und der Opposition wurden, vor allem bei der Anhörung im Bayerischen Landtag, ziemlich flott abgeschmettert. Die Kritiker wurden gar als selbsternannte Experten diffamiert (wobei interessant ist, dass diese angeblichen Experten nun exakt in der Enquete Kommission sitzen). Die mantrahafte Antwort von Ex-Minister Zeil war: Bayern geht es gut. Basta! Wir brauchen keine Visionen, wir brauchen keine essentiellen Änderungen.

Neue Nachdenklichkeit?!

Insbesondere seit dem Kabinett *Seehofer* II klingt doch alles etwas anders – natürlich darf man nicht zu sehr zugeben, dass etwas falsch lief und noch läuft (Lerchenberg spricht vom 30-jährigen Versäumnis der Bundes- und Staatsregierung), denn dann müsste man ja die Politik der Vorgänger angreifen. Immerhin werden nun Probleme der Landesentwicklung eingeräumt und das politische Ziel priorisiert, überall gleichwertige Lebensbedingungen im Lande zu schaffen entsprechend der Verfassungsänderung vom September 2013. Dies zeigt in überraschender Deutlichkeit auch die sog. Heimatstrategie des Bayerischen Heimatministers Markus Söder, die am 5. August vom Bayerischen Kabinett beschlossen wurde. Aber ist der Zug nicht längst abgefahren, sind die negativen Entwicklungen in leider (zu) vielen Regionen Bayerns und Deutschlands (siehe hierzu z. B. die Strukturkarte, Anhang 2 des LEP Bayern (wobei sich die „Problemgebiete“ oder Räume mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) nach dem Beschluss des Ministerrats vom 5. August 2014 noch vergrößern werden) oder die Strukturkarte Bayern im Gutachten von Grontmij/Magel für die Freien Wähler in: Magel „Wer sichert die Zukunft ländlicher Räume?“ a.a.O.) noch zu stoppen bzw. zu beeinflussen?

Darüber zerbrechen sich seit Jahren viele Fachleute, Bundesinstitute der Raumordnung (z. B. im Rahmen des MORO „Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge“), Hochschulen und auch die Bayerische Akademie Ländlicher Raum und deren bundesweiter Zusammenschluss, die Arge Ländlicher Raum, den Kopf – und zwar kritisch, frei und ohne gedanklichen und rhetorischen Maulkorb! Ich werde nie vergessen, wie im Vorjahr Abgeordneter Baron *Dietrich von Gumpenberg*, der der Vertreter seiner Partei für Landesentwicklung war, nach seinem und seiner Partei Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag im Fernsehen einräumte: „Vielleicht hätten wir doch Visionen für eine bessere, vor allem gerechtere Zukunft in Bayern entwickeln sollen.“ Und wie Ex-Minister Dr. *Wolfgang Heubisch* bedauerte, dass seine Partei zu wenig auf die Bürger und deren Vertreter zugegangen sei. Das Thema Bürgergesellschaft oder gerechte Lebensbedingungen existierte für jene Partei und Landespolitiker nicht.

Bayern kann nicht so weitermachen wie bisher?

Nun aber bricht es faustdick immer mehr auch über Bayern herein, was vorher nur ein eher distanziert verfolgtes Phänomen in Ostdeutschland und in den Entwicklungsländern zu sein schien: Massive und anhaltende Landflucht, entleerte ländliche Räume mit gefährdeter Tragfähigkeit bzw. Zusammenbruch der Infrastrukturen und der wirtschaftlichen Kreisläufe, Wertverlust der Immobilien etc. Verstärkt wird dies gerade in Deutschland durch den massiven Bevölkerungsrückgang, vor allem aber durch massive Überalterung. *Hans Werner Sinn* (a.a.O.) weist darauf hin, dass 2015, also im nächsten Jahr bereits, die Jungen rechnerisch die politische Mehrheit in Deutschland verlieren. Ein Beispiel zweier Länder mit gleichen Landfluchtproblemen: Kambodscha hat ein Durchschnittsalter von

weniger als 25 Jahren und eine rapide steigende Lebenserwartung von nun bereits rund 72 Jahren, Deutschland ein Durchschnittsalter von über 42 Jahren mit rund 80 Jahren Lebenserwartung (Angaben Weltbank). Wer hier trotz gleicher Problematik langfristig im Vorteil ist, ist leicht zu erraten.

Aber die Landflucht hat ja eine weitere höchst problematische Wirkung, die hierzulande kaum thematisiert wird, weil die über den Zuzug von Arbeitskräften jubelnde Wirtschaft hier einen blinden Fleck im Auge hat und weil wir bisher keine Millionenslums haben wie in Afrika, Asien oder Lateinamerika: Die boomenden und als Hort der Innovation und des „demokratischen Ethos“ (Stiglitz a.a.O.) hochgejubelten Städte wie z. B. München und sein gesamter Ballungsraum, platzen aus allen Nähten; Wohnungs-, Verkehrs-, Freiraum- und Segregationsprobleme etc. nehmen zu. Die Lebensqualität in den Städten ist zunehmend bedroht. Prof. *Norbert Schneider* (a.a.O.) spricht deshalb zurecht – allerdings abgemildert durch seine Fachsprache – davon, dass Bayern nicht so weitermachen kann wie bisher und sich beileibe nicht als großer stolzer Gewinner des demografischen Wandels und innerdeutscher Zuwanderungen sehen darf; vielmehr müsse sich der Freistaat mehr als bisher mit der Frage beschäftigen, wie die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gesichert und wie die Daseinsvorsorge zur Erfüllung der Grundversorgung wie Infrastruktur, Wirtschaft oder Kultur in Schrumpfungsregionen aufrecht erhalten werden kann. Warum diese recht deutliche Mahnung eines außerbayerischen Experten? Weil Bayern mehr als alle anderen Bundesländer von den regionalen Disparitäten ganz besonders betroffen ist. Der Durchschnitt in Bayern mag ja stimmen, aber nicht viele Einzelsituationen!

Die wachsende regionale Disparität hält Bayern, hält die Politik nicht aus, wenn es also nur dem Süden und dem Großraum Nürnberg ganz besonders gut geht und alle Wertschöpfung und Wohlstandsmehrung sich dort konzentrieren und der Rest Bayerns stagniert oder gar zurückfällt. Dann zerbricht Bayern in zwei Teile, wird ein geteiltes Land, wie es die SZ im Vorjahr zum Auftakt der LEP-Anhörung im Bayerischen Landtag am 21.03.2014 titulierte.

Dann ist Bayern nicht mehr Bayern, wie wir es kennen und lieben, dann ist es nicht mehr das gewünschte homogene gesellschaftliche Staatsgebilde, dann werden auch Solidarität und bürgerschaftliches Engagement allein nicht mehr ausreichen, wettzumachen, was im Großen schiefgelaufen ist. Wenn es schon so weit ist, dass Menschen aus südlichen Landkreisen über den Norden Bayerns raunen „mei, da oben schauts vielleicht aus, san wir froh, dass wir hier im Süden leben“, dann ist es wirklich nicht mehr weit zu einer Aussage, die bisher – Gott sei Dank – noch kein bayerischer Spitzenpolitiker öffentlich, aber immerhin die neue bundesdeutsche Umwelt- und Bauministerin *Barbara Hendricks* (a.a.O.) schon getroffen hat: „Es werden Dörfer aufgegeben (werden müssen). Dem müssen wir uns stellen.“

Es werden Dörfer aufgegeben

Bisher hat man das nur mit einigen ganz wenigen Dörfern (z. B. Leopoldsreut im Bayerischen Wald) oder mit dem Dörfer zerstörenden Wanderbraunkohletagebau in Nordrhein-Westfalen oder in Sachsen in Verbindung gebracht, nun aber „Es werden Dörfer aufgegeben“ als Ausdruck einer gescheiterten Struktur-, Bevölkerungs-, Familien- und Landesentwicklungspolitik?! Das tut weh – entsprechend schmerzt es, wenn sich der Erfolg einer Bauministerin am Ende der Legislaturperiode nach eigener Aussage danach bemessen soll, ob es gelungen ist, „die Folgen zu gestalten, wenn die Menschen von den Dörfern in größere Städte wandern“ (Hendricks a.a.O.).

Ich wundere mich im Herbst eines lebenslangen Einsatzes als Land- und Dorfontwickler in Bayern, Deutschland und auch im Ausland, wie relativ gelassen selbst Spitzenpolitiker inzwischen zugeben, dass sie offensichtlich resigniert haben, das Land und die Dörfer als gleichwertigen Lebens- und Arbeitsraum zu „halten“ – obwohl es in der Verfassung und in den Gesetzen steht!

Ich persönlich und viele Weggefährten in unserer Akademie weigern sich, in diesen resignativen Chor der angeblichen Realisten, in Wirklichkeit der eher Verzagten, einzureihen. Ich bin da auf der Seite von *Uwe Brandl* (a.a.O.), der als erster Spitzenkommunalpolitiker das endlich ausgesprochen hat, was sich viele nicht zu sagen trauten: „Der Freistaat muss künftig Firmenansiedlungen besser lenken. Das Wirtschaftsministerium muss vorgeben, dass eine bestimmte Anzahl der von Invest in Bavaria angeworbenen Ansiedlungen im ländlichen Raum und eben nicht in München oder Nürnberg stattfinden muss“. Ministerpräsident Horst Seehofer (a.a.O.) reagiert bereits darauf, allerdings immer noch eingeschränkt: Beim 150. Kammergespräch der IHK Nürnberg hat er gesagt: „Ich will keine Megametropolen mit übersteigerten Lebenshaltungskosten und hoher Kriminalität ... Der Großraum München ist überhitzt, und es ist richtig, wenn wir hier ein bisschen Luft rausnehmen. Deshalb ist es nötig, öffentliche Einrichtungen nach Nordbayern zu verlagern, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.“

Kooperation und Koordination anstelle von Konkurrenz

Eine eigenständige Zukunft für das Land ist wohl nur möglich, wenn wir das beherzigen, was zeitlos und ubiquitär notwendig ist: Ein kreatives und vertrauensvolles Zusammenwirken von oben und unten, ein horizontales und vertikales Ineinandergreifen von staatlicher Führung, Lenkung und Förderung mit lokalen und regionalen Aktivitäten und bürgerschaftlichem Engagement. Man nennt das heute Good Governance.

Es hat so unendlich lang gedauert, bis das alle begriffen haben, in der EU genauso wie in den bundesdeutschen und bayerischen Amtsstuben. Jetzt kommt es gleich von allen Seiten und zwar knüppeldick: „ganzheitlich, interdisziplinär, cross cutting oder intersektoral, place based, interkommunal oder regional“ etc. muss gehandelt werden! Darf ich daran erinnern, dass die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung vor über 20 Jahren im Auerbergland, aus einzelnen Dorferneuerungen heraus entwickelt, die erste bayeri-

sche interkommunale Allianz von neun schwäbischen und oberbayerischen Gemeinden diesseits und jenseits des Zeugenbergs Auerberg angestoßen und betreut hat. Ich war die seinerzeitige „Hebamme“, die im Gipfelrestaurant die neun Bürgermeister eingeschworen hat auf Zusammenhalt. Dieser war bitter notwendig, denn der Widerstand der Regierungspräsidenten und der bayerischen Landesentwicklung erfolgte postwendend. Warum Widerstand? „Das dürfen die Dorferneuerer doch gar nicht, das ist doch unser Revier, und wo kämen wir da hin, wenn wir zuließen, dass Gemeinden über Regierungsbezirksgrenzen hinweg plötzlich zusammenarbeiten?“ Tja, das waren die Argumente und das Denken damals – und heute soll es plötzlich schnell gehen, und alle sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten in den vielen, fast nicht mehr überschaubaren regionalen und integrierten Entwicklungskonzepten? Da kommen leise Zweifel auf, zumal Vertreter der regionalen Wirtschaftsförderung, die nun auch vor Förderung des übergeordnete Entwicklungskonzept IRE erstellen lassen müssen, sich bereits darüber beklagen, dass es schon andere Konzepte wie z. B. ILEK oder REK's gibt, die ihre Handlungsräume überlappen. Wenn uns in Bayern nicht endlich eine neue Behörden- und Denkkultur des Zusammenwirkens und finanziellen Zusammengehens gelingt, wird sich nichts Entscheidendes ändern. Jedes Ministerium bearbeitet seinen Acker anstatt gemeinsam das gesamte räumliche Umfeld, place based, wie sich das die EU vorstellt. Sie hat gute Vorsätze, alle Strukturfonds endlich zusammenzuschweißen, um zu klotzen und nicht zu kleckern, aber es gelingt wohl nicht so recht. Zu unterschiedlich sind angeblich die Förderphilosophien, Förderstrategien und die Mindestfördersummen etc., zu unterschiedlich ticken nach wie vor das Wirtschafts-, Innen-, Landwirtschafts- und sonstige Ministerien.

Mich wundert, dass ich fröhlich bin ...

„Mich wundert, dass ich fröhlich bin“, hieß ein berühmter Roman von *Johannes Mario Simmel* in den 60er Jahren. Mich wundert, wie stumm beredt nahezu alle Politiker das Thema umgehen, wie wir wieder zu mehr Bevölkerungswachstum durch eigene Kinder kommen können. Wird man heutzutage womöglich gleich stigmatisiert oder in eine bestimmte Ecke gestellt, wenn man wie z. B. *Hans Werner Sinn* (a.a.O.) feststellt, dass an einer Steigerung der Geburtenzahlen kein Weg vorbei führt; ist man ein hoffnungslos veralteter Konservativer und ein Wirtschafts- und gar Fremdenfeind, wenn man Staat, Wirtschaft und Gesellschaft daran erinnert, dass bessere Bedingungen für junge Familien geschaffen werden müssen, damit beides möglich wird: Beruf und Familie!! Prof. Sinn fordert, dass endlich die Ausbeutung und Diskriminierung der Familien beendet werden müsse z. B. durch Ergänzung einer Kinderkomponente in der Rentenformel. Warum wird das nicht viel breiter diskutiert im Zusammenhang mit der demografischen und der gleichwertigen Entwicklung unseres Landes? Stattdessen nehmen wir die wachsende Schere infolge der demografischen Entwicklung wie ein unabänderliches Schicksal hin; manche freuen sich sogar noch, dass wir weniger werden, älter und bunter.

Mich wundert auch, dass die Gemeinden und Landkreise und vor allem die Bürger sich immer noch das Konkurrenzgerangel von Behörden und das Verweisen von einer Stelle

zur anderen gefallen lassen. Nein, ich meine jetzt nicht das neueste, ja geradezu prototypische Gerangel im Bereich Digitalisierung, sondern generell. Auch diese Nichtkooperation, an der ein eigener Staatssekretärsausschuss schließlich scheiterte, wird längst wie ein unabänderliches Schicksal hingenommen. Hier wartet eine herkulische Aufgabe auf den Heimatminister und sein Ministerium. In der vorerwähnten Heimatstrategie ist allerdings nur recht wenig davon die Rede; viel mehr ist die Heimatstrategie (nur) ein Programm des Heimatministeriums. Dazu ist es doch gegründet worden: Nämlich um gemeinsam gleichwertige Lebensbedingungen zu erreichen.

Nochmals: Wenn wir es nicht in einer konzentrierten und konzertierten mentalen, strategischen, planerischen und finanziellen Kraftanstrengung aller Verwaltungen im Verbund mit der Wirtschaft und ihren Unternehmen schaffen, z. B. Arbeitsplätze zu den Menschen im ländlichen Raum, in die dortigen zentralen Orte zu bringen und damit auch attraktive Dörfer und Städte zu erhalten, werden wir letztlich wie Weltbank und UN-Behörden sagen müssen: Die Zukunft liegt (allein) in den Städten. Der ländliche Raum fällt zurück auf die Funktionen als Arbeits- und Wohnraum für die Landwirte und als beliebig ausbeutbare Ressource für die Ansprüche der städtischen Gesellschaft und Wirtschaft. Es ist für mich ein Treppenwitz, wenn einer der bekanntesten Wissenschaftlicher und Politikberater der Welt, Nobelpreisträger Prof. *Joseph Stiglitz* (a.a.O.) sein Rezept für die Beseitigung der wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in den Städten verrät, die es zwangsläufig gibt bei pausenloser Zuwanderung: „Die Städte mögen den Bürgern in den Slums und Armenvierteln Farben zum Anstrich ihrer Häuser geben, sie motivieren, selbst Hand anzulegen sowie durch Verbesserung und Planung der öffentlichen Räume und Infrastruktur ihnen den Glauben an eine bessere Zukunft zu geben.“

Moment möchte man da sagen und reibt sich verwundert die Augen: Hat Stiglitz womöglich bayerische Dorferneuerungsliteratur gelesen, denn das waren und sind ja exakt die Anfänge und Erfolgswege der bayerischen, der deutschen Dorferneuerung und nun nachfolgend auch der Stadtsanierung sowie aller in den letzten Jahren hinzugekommenen meist EU-ausgelösten partizipativ ausgelegten Entwicklungskonzepte. Erfolgskonzepte, die unter staatlicher Begleitung an die Selbsthilfe der Bürger appelliert haben und letztlich zur Stärkung der Subsidiarität und in einem langen Weg zur Aktiven Bürgergesellschaft geführt haben. *Alois Glück* (a.a.O.) war es vor allem, der dieses Thema nicht nur schlagwortartig besetzte, sondern es geistig und fachlich tief durchdrang. Seine Forderung nach einer Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Kommunen, Wirtschaft und Bürgern weist den Weg zu einer Bürgerkommune, hin auch zu einer gleichberechtigten regionalen Aktionsgemeinschaft, die gemeinsam ihr Schicksal und ihre Zukunft in die Hände nimmt und die notwendigen Schritte verfolgt je nach fachlicher Verantwortung, aber immer kooperativ und koordiniert. Hier liegen für mich auch die geistig-ethische Basis und der partizipatorische Ansatzpunkt für bürgerschaftlich betriebene Eigeninitiativen zur Stärkung oder Rettung der Nahversorgung (Beispiel Dorfläden), zu ehrenamtlichen Diensten im Gesundheits- und Pflegebereich, Kinder- und Altenbetreuung, Mobilität etc. Hier gibt es inzwischen eine Vielzahl von ermutigenden Beispielen aus Dorferneuerung, LEADER, Stadterneuerungs- und ILE Projekten etc., die dennoch nicht genug sind, um die Makroebene zu drehen!

Wenn Schulen schließen, verschwinden die Familien

Ein hoffnungsvoll stimmendes und inspirierendes Beispiel einer Neuen Verantwortungsgemeinschaft sei aus einem der gebeuteltsten Bundesländer vermeldet: Das dünn besiedelte und stark von Abwanderung geplagte Sachsen-Anhalt muss ganz besonders um den Erhalt seiner Grundschulen auf dem flachen Land kämpfen. Jeder weiß es, und wir deutschen Akademien Ländlicher Raum haben dies heuer in aller Deutlichkeit mit Prof. *Hans Ludger Dienel* (a.a.O) vom Zentrum für Technik und Gesellschaft der TU Berlin beim Forum Ländliche Entwicklung in Berlin diskutiert: Wenn Menschen abwandern oder Kinder fehlen, müssen Schulen schließen. Aber genauso gilt: „Wenn Schulen schließen, verschwinden die jungen Familien – und mit ihnen bald auch die lokale Wirtschaft“ sagt der Geschäftsführer des Verbands der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt *Matthias Menger* (siehe in *Janke* a.a.O.). Für die Unternehmen ist Schulpolitik Standortpolitik. Menger schlägt deshalb vor, dass sich die Wirtschaft aktiv im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung einbringt, indem Firmen z. B. Kleinbusse bezahlen, die die Kinder zur Schule bringen oder indem Ehrenamtliche und Unternehmer sich am Management der Schule beteiligen etc.

Leider ist die Neue Verantwortungsgemeinschaft immer noch nicht überall in den Köpfen und in der Realität verankert – obwohl das Potential zumindest auf Bürgerseite dafür gegeben ist. *Heiner Keupp* (a.a.O.), der berühmte Sozialpsychologe und mit mir wissenschaftliches Mitglied des Runden Tisches Bürgerschaftliches Engagement (BE) des Bayerischen Sozialministeriums, weist immer wieder darauf hin: Der Gemeinschaftsgeist in Stadt und Land war früher nicht besser als heute. BE ist laut Keupp heute in Deutschland stärker denn je verbreitet, aber in anderer Erscheinungsform, mit anderen Motiven und Zeitmaßen. Es muss Spaß machen. Dieses BE muss systematisch erschlossen und gefördert werden – aber es darf dann nicht verdammt werden, wenn es dazu führt, dass sich Bürger auch unbequem einmischen, wenn es um große kontroverse Projekte geht, die die Gestaltung der eigenen räumlichen Lebenswelt betrifft.

Meines Erachtens muss es nun um noch viel mehr Engagement der Wirtschaft und vor allem der großen Unternehmen gehen, die ja ansonsten gerne auf ihre Corporate Social Responsibility (CSR) verweisen. CSR heißt für mich, dass Wirtschaft und Unternehmen auch an das Allgemeinwohl denken und sich für gerechte Landesentwicklung einsetzen müssen. Wie es nicht sein soll, haben in erschreckenderweise die seinerzeitigen Vorschläge der vbw und ihres Kölner Haus- und Hof Instituts IW und der unglückselige stark mit Wirtschaftsvertretern besetzte Zukunftsrat mit ihren Anbindestrategien und ihrer Politik der Stärkung der Starken gezeigt. Hätte sich die Kirche dazu äußern müssen, hätte sie eigentlich eine Art von „Exkommunikation“ aussprechen müssen, so sehr nämlich hat das alles gegen die Soziallehre und ihre Ideen von Gerechtigkeit, Solidarität und Barmherzigkeit verstoßen.

Aber offensichtlich müssen erst die Not und der nun immer deutlicher absehbare Mangel an Arbeitskräften kommen, damit die Wirtschaft umdenkt – nur kann es dann u. U. schon zu spät sein.

Es muss immer um die ganze Spannweite der Lebensqualitäten und Lebensbedingungen gehen, damit die Jugend und die innovativen, kreativen Menschen bleiben. Wir können es uns nicht leisten, dass der ländliche Raum zu einem Altersheim degeneriert. Natürlich werden da und dort früh genug Kompromisse und Einschränkungen akzeptiert werden müssen in der Daseinsvorsorge, in den örtlichen Infrastrukturen; das muss offen diskutiert und innovativ, initiativ gelöst werden wie es aus vielen MORO-Beispielen z. B. des Aktionsprogramms Regionale (!) Daseinsvorsorge ersichtlich ist. Dass heute in größerem räumlichen und überörtlichen Zusammenhang gedacht werden muss, ist kein neues Thema mehr – aber für örtlich gewählte Politiker und Verwaltungen wohl immer noch eine arge Herausforderung. Das Land und die Dörfer zu retten, ist sicherlich nicht einfach – warum sonst bräuchten wir die Enquete-Kommission! Sie ist für mich deutlicher Ausdruck dafür, dass auch der Landtag mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm unzufrieden ist und dass die verbliebene Regierungspartei im Vorjahr nur ihrem Koalitionspartner zuliebe das Programm durchgepeitscht hat – allen Warnungen zum Trotz.

Eine zweijährige Reise steht an

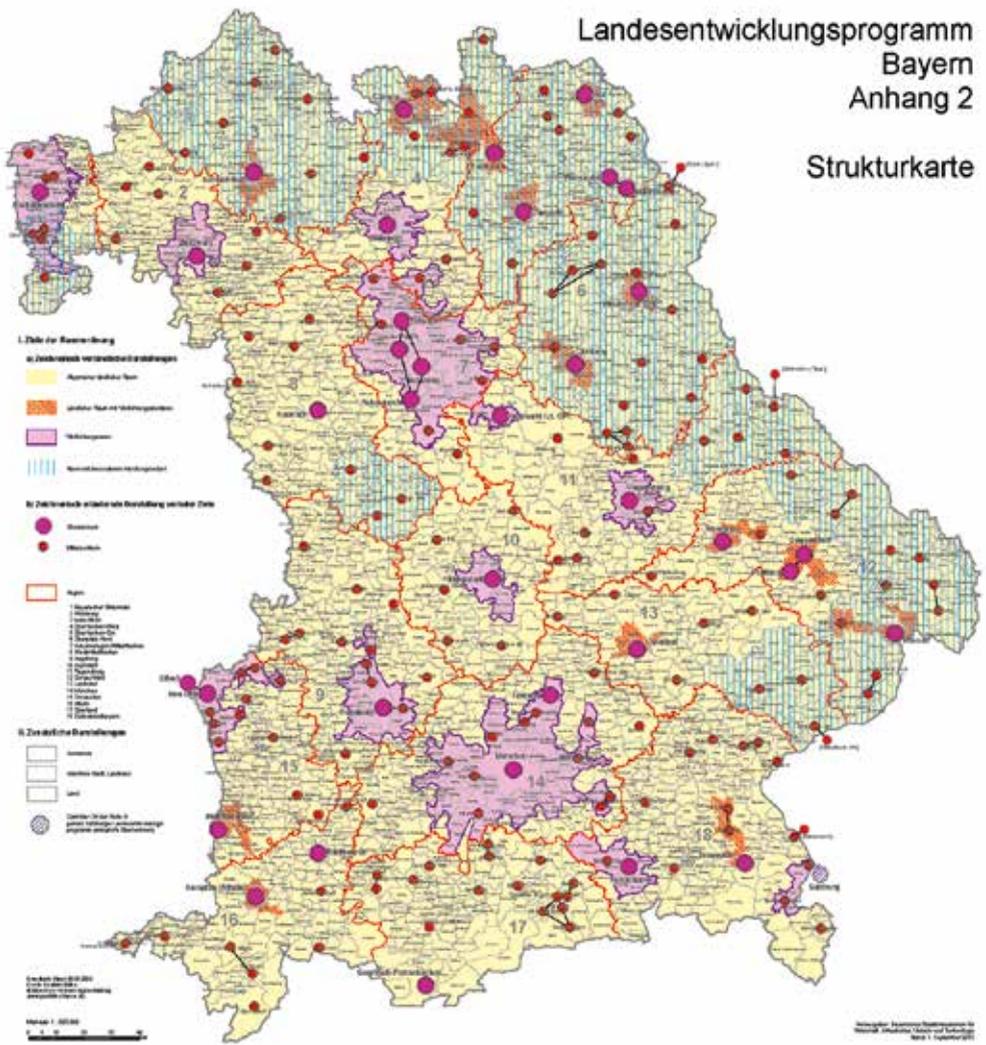
Wir stehen also nun vor einer spannenden zweijährigen Reise durch eines der wichtigsten landes- und gesellschaftspolitischen Themen: Wie schaffen wir es, überall in Bayern Lebensqualität zu erhalten, damit Bayern insgesamt attraktiv und unverwechselbar bleibt. Am 2.10.2014 war Auftakt der Kommissionsarbeit. Sie umfasst kein trockenes Verfassungs- oder Planungsthema, nein, es ist ein Thema, das alle Gesellschafts- und Wirtschaftskreise angeht und eben nicht nur Lobbys und Verbandsfunktionäre, die einseitig ihre (Standort-)Interessen durchpeitschen wollen. Es geht um moderne Arbeitsplätze, Technologien und beste Forschung und Ausbildung ebenso wie z. B. um Tradition, (Landschafts- und Bau-)Kultur und Werte des Zusammenlebens in und mit der Natur. Vielleicht hat das *Uwe Brandl*, Bayerns ehemaliger Gemeindetagspräsident, im Sinn gehabt, als er vor zwei Jahren in Thierhaupten den Startschuss für eine Diskussion über urban und rural lifestyle gab. Dazu sind noch viele Diskussionen notwendig. Die Bayerische Akademie Ländlicher Raum hat in ihrem Sommerkolloquium 2014 einen ersten Anfang gemacht. Was hierbei schon mal überdeutlich wurde, war: Der ländliche Raum braucht viel mehr Selbstbewusstsein und durchaus liberalere Lebensstile, die sich dann auch auf die Jugend übertragen (siehe Magel a.a.O.). Vielleicht sollten wir all die vielen fachlichen Aspekte seiner immateriellen Werte, gesellschaftspolitischen Bedeutungsüberschüsse und Potentialentfaltungsmöglichkeiten verkürzt, aber jedermann verständlich in der Aussage zusammenfassen:

„Stirbt das Land, dann stirbt auch die Seele Bayerns!“

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das die Menschen, gleich ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben, wirklich (riskieren) wollen. Aber man muss ihnen die reale Gefahr immer wieder bewusst machen. Das ist der drängende Auftrag auch an die Landentwickler.

Landesentwicklungsprogramm
Bayern
Anhang 2

Strukturkarte



Verwendete Literatur:

Bayerische Staatszeitung (2014): Standpunkte der Fraktionen zu „Bayern wächst – aber nicht überall: Wie kann man den demografischen Verliererregionen helfen“ mit Antworten von *Thomas Huber, Annette Karl, Alexander Muthman* und *Markus Ganserer*. BSZ Nr. 26 vom 27.6.2014

Bayerischer Landtag (2014): Beschluss vom 1.7.2014 zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ LT Drs. 17/2372

Brandl, Uwe (2014): Interview „Ungerechtigkeiten müssen beseitigt werden“. In: Bayerische Staatszeitung Nr. 15 vom 11.4.2014, S.12

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2014): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Ein MORO-Forschungsfeld. MORO-Informationen 10/4

Dienel, Hans Liudger und *Holger Jansen* (2014): Bürgerbusse als Gemeinschaftsaufgabe: Erfahrungen aus Rheinland -Pfalz. In: *Mobilität für ländliche Räume : Leistungsfähige Netze für Alle*. Hrsg. Arge Ländlicher Raum

Glück, Alois (2010): *Warum wir uns ändern müssen. Wege zu einer zukunftsfähigen Kultur*. Herbig Verlag München

Hendricks, Barbara (2014): Interview „Das Leben ist kein Ponyhof.“ In: *Wirtschaftswoche* vom 26.5.2014

Janke, Carsten (2014): Letzte Chance für die Kleinen. In Sachsen-Anhalt droht vielen Grundschulen das Aus, doch die Bürger kämpfen für deren Erhalt. Sogar die Wirtschaft will helfen. In: *SZ* Nr. 153 vom 7.7.2014, S. 29

Keupp, Heiner (2014): Zitiert von Konrad Habeger in „Gut Bürgerlich“, Rundbrief 1/14 der LVHS Niederaltich

Kronawitter, Thomas (TEK) (2014): Die Planer stehen fest. Bürger können beim neuen Viertel im Münchner Nordosten mitreden. In: *SZ* Nr. 153 vom 7.7.2014, S. R 7

Magel, Holger (2013): Wer sichert die Zukunft ländlicher Räume? In: *Bayerischer Gemeindetag 10/2013* (siehe auch DVW Bayern Mitteilungen 4/2013)

Magel, Holger (2014): Welche Vorteile haben Gemeinden von der Dorferneuerung? In: *Bayerischer Gemeindetag 7/2014*

Magel, Holger (2014): Stirbt das Land, stirbt Bayerns Seele. Interview. In: Bayerische Staatszeitung Nr. 29 vom 18.7.2014

Magel, Holger (2014): Rural Lifestyle-(K)eine Illusion?! In: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 96. Hrsg. HSS

Przybilla, Olaf (2014): Investitionen sind hier ein Akt der Verzweiflung. Interview mit Michael Lerchenberg. In: SZ Nr. 155 vom 9.7.2014, S. R 16

Seehofer, Horst (2014): „Der Großraum München ist überhitzt“. Bayerische Staatszeitung Nr. 28 vom 11.7.2014, S. 1

Schneider, Norbert F. (2014): Interview „Bayern darf nicht so weitermachen wie bisher“. In: Bayerische Staatszeitung Nr. 25 vom 20.6.2014

Sinn, Hans-Werner (2014): Deutsche Gerontokratie. In: Wirtschaftswoche vom 7.6.2014

Stiglitz, Joseph E. (2014): Neues Denken in den Städten. In: Handelsblatt vom 13.5.2014